

tärschule in die Sowjetunion geschickt. Im Herbst 1950 kam er zurück und ist jetzt im Range eines Chefinspektors bei der Hauptverwaltung Ausbildung der Volkspolizei in Berlin-Adlershof tätig.

Untersuchungsausschuß
Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone

4. Anklageschrift gegen Wöhl

Der Amtsrichter **Wilhelm Wöhl**,
bis Sommer 1951 Aufsichtsrichter beim Amtsgericht Ludwigslust/Meckl
wird angeklagt,

in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt in Greifswald im Jahre 1947 durch
zwei selbständige Handlungen

1. als Beamter, der vermöge seines Amtes zur Mitwirkung bei einem
Strafverfahren berufen war, wissentlich jemanden der im Gesetz vor-
gesehenen Strafe entzogen zu haben,
indem er ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die des
Mordes praktisch überführte SED-Parteisekretärin **Maria Fink**
nicht weiter führte, sondern einfach einstellte;
(— Begünstigung im Amt —)
2. unter Ausnutzung seiner Amtsstellung andere zur Unzucht miß-
braucht zu haben,
indem er als Staatsanwalt mit inhaftierten Frauen geschlechtlich
verkehrte.
(— Verbrechen nach §§ 346, 174, 74 StGB —)

Ermittlungsergebnis:

Der Angeschuldigte **Wöhl**, alter Kommunist und Mitglied der SED, war
1936 bis Ende 1937 Chauffeur bei der Margarine-Fabrik Eckermann in
Schwerin. Dort wurde er wegen Diebstahls entlassen. Nach Absolvierung
des ersten Volksrichterlehrganges wurde er zunächst Staatsanwalt in
Greifswald. Dort inspizierte er als Staatsanwalt häufiger das Gefängnis,
in welchem auch Frauen inhaftiert waren. Er verstand es, einige dieser
inhaftierten Frauen zur Duldung des Geschlechtsverkehrs zu veranlassen.
Die Frauen glaubten, daß sie auf diese Weise vorzeitig aus der Haft
entlassen würden. Weil dies der vorgesetzten Dienststelle bekannt
wurde, wurde der Angeschuldigte als Richter an das Amtsgericht Lud-
wigslust versetzt. Ein Strafverfahren wurde gegen ihn nicht eingeleitet.
Allerdings saß er später einmal drei Monate in Haft des SSD, weil er in
betrunkenem Zustande von seiner Tätigkeit bei den Geheimprozessen
in Waldheim erzählt hatte. Nach Entlassung aus der Haft nahm er seinen
Dienst als Amtsrichter beim Amtsgericht Ludwigslust wieder auf.
Im Jahre 1947 lief in Greifswald ein Verleumdungsprozeß der SED-Par-
teisekretärin des Kreises Usedom, **Maria Fink**, gegen Frau Scholz aus
Ahlbeck. Frau Scholz hatte nämlich behauptet, die Fink als die Mörderin
ihres Sohnes wiedererkannt zu haben. Zur Aufklärung dieses Verfah-
rens waren Ermittlungen in der Mordsache zum Leidwesen der SED un-